

Luzerner Tagblatt



Abonnementpreise: Ausgabe A (ohne Versicherung) 3 Monate 11.55, 6 Monate 22.75, 12 Monate 45.-; Ausgabe B (mit Fr. 1000.- Unfallversicherung für 1 Person) 3 Monate 11.85, 6 Monate 23.30, 12 Monate 46.10; Ausgabe C (mit Fr. 2500.- Unfallversicherung für 2 Personen) 3 Monate 13.55, 6 Monate 26.70, 12 Monate 52.90. Die Versicherungssummen verdoppeln sich bei Verkehrsunfällen

Fortschrittlich-liberale Tageszeitung

Redaktion und Expedition: BaseltstraÙe 11, Luzern, Tel. 041-220 01, Fernschreiber 381 77. Postcheck-Konto für Abonnementsbezahlungen 60-6101

Anzeigen-Preise: Einspaltige Millimeterzeile für Stadt und Kanton Luzern 24% Rappen, für die übrige Schweiz und für das Ausland 28 Rappen. - Einspaltige Millimeterzeile für Reklamen Fr. 1.55, Inseratenverwaltung und Inseratenannahme: Publicitas, PilatusstraÙe 14, Luzern, Telefon 3 66 66, Postcheck-Konto der Publicitas (für die Bezahlung von Inseraten): 60-215

Fritschivater-Wahl in Luzern - Weitere Zollsenkungen in der Efta angekündigt - USA gegen Chinas Vorschlag für Atom-Gipfeltreffen

Indonesien verläßt die Uno

Ein Protestschritt gegen die Wahl Malaysias in den Sicherheitsrat - Appell U Thants an Sukarno

New York, 3. Jan. (UPI) Indonesien hat aus Protest gegen die Wahl Malaysias in den Sicherheitsrat den Austritt aus der Uno erklärt, es ist das erstmalig in der fast 20jährigen Geschichte der Weltorganisation, daß ein Staat seine Mitgliedschaft aufkündigt. Vertreter anderer Mächte sehen in dem Schritt Indonesiens einen gefährlichen Präzedenzfall. Nach ihrer Ansicht droht den Vereinten Nationen das Schicksal des Völkerbundes, falls das Beispiel Indonesiens Schule machen sollte. Der indonesische Botschafter bei den Vereinten Nationen unterrichtete den Präsidenten der Vollversammlung, Alex Quaison-Sackey, lediglich mündlich über den Schritt seiner Regierung. Gleichzeitig informierte sein Stellvertreter Sumarjo Sosrowardoyo das Generalsekretariat. Dieses unterrichtete sofort Uno-Generalsekretär U Thant, deren Erholungsurlaub auf den Jungferninseln verbringt. U Thant schickte darauf Sukarno ein Telegramm, in dem er ihn bat, sich die Konsequenzen seines Schrittes noch einmal zu überlegen.

Auf Anfrage erklärte die indonesische Uno-Vertretung, Indonesien habe den Austritt beschlossen, weil Malaysia am 29. Dezember für ein Jahr zum Mitglied des Sicherheitsrates gewählt worden sei. Die Delegation erinnerte daran, daß Botschafter Palar am selben Tage erklärt habe, Indonesien lehne die Aufnahme Malaysias in den Sicherheitsrat ab und sei bereit, alle Konsequenzen auf sich zu nehmen.

Indonesien will aber seine Mitgliedschaft in den Unterorganisationen der Uno wie der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (Unesco), nicht aufgeben. Am Uno-Hauptquartier gehen die Meinungen darüber auseinander, ob eine solche «gespaltenen» Austrittserklärung möglich ist. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß einige andere Staaten, wie die Bundesrepublik, wohl den Unterorganisationen, nicht aber den Vereinten Nationen selbst angehören.

Völkerrechtliche Konsequenzen

Nach Ansicht amerikanischer Völkerrechtler wird Indonesien durch seine Austrittserklärung nicht von der Verpflichtung entbunden, Streitigkeiten mit andern Ländern gemäß der Uno-Charta auf friedlichem Wege beizulegen. Die in der Charta verankerte Verpflichtung zum Verzicht auf Gewaltanwendung und Gewaltandrohung sei Teil des allgemeinen Völkerrechts und gelte damit auch für die Nichtmitglieder. Im übrigen sei die Weltorganisation verpflichtet, sicherzustellen, daß Staaten, die nicht Mitglieder der Uno sind, in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen (der Charta) handeln, soweit dies zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit notwendig ist. - In der Charta ist die Möglichkeit eines Austritts nicht vorgesehen. Auf der konstituierenden Unterung in San Francisco wurde jedoch eine Erklärung angenommen, in der es heißt, es sei «nicht der Zweck der Organisation, ein Mitglied zur Fortsetzung seiner Mitarbeit in der Organisation zu zwingen». - Die Wiederaufnahme eines Mitgliedes, das seinen Austritt erklärt hat, ist nach Ansicht amerikanischer Völkerrechtler nur unter den gleichen Bedingungen möglich, wie sie für

die Aufnahme neuer Mitglieder gelten, das heißt, die Aufnahme muß vom Sicherheitsrat empfohlen und von der Vollversammlung mit Zweidrittelmehrheit gebilligt werden.

Auch Stevenson appelliert an Indonesien

Der amerikanische Uno-Botschafter, Adlai Stevenson, veröffentlichte eine Erklärung, in der er an Indonesien appellierte, seine Mitgliedschaft in der Weltorganisation nicht aufzugeben. «Wir haben keine offizielle Information, wonach Indonesien beschlossen hat, sich aus der Uno zurückzuziehen», heißt es in Stevensons Erklärung, «ich hoffe ernstlich, daß dieses große Land diesen Schritt nicht tun wird. Denn es liegt im Interesse des indonesischen Volkes und aller Völker, das System der kollektiven Sicherheit zu erhalten und zu verbessern, die internationalen Beziehungen zu harmonisieren und den Frieden zu bewahren. Keine Nation kann auf lange Sicht von einer gesetzwidrigen Welt separater Staaten profitieren, von denen jeder seinen eigenen souveränen Ambitionen nachgeht. Dieser Weg führt zur Katastrophe.»

Neue Mitglieder des Uno-Sicherheitsrates

(R) Am 1. Januar um Mitternacht sind Holland, Malaysia, Jordanien und Uruguay neue nichtständige Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen geworden. Im Januar wird der Rat vom Vertreter Nationalchinas, Lui Chieh, präsidiert.

Malaysischer Kommentar

Kuala Lumpur, 2. Jan. ag. (AFP) Ein Sprecher des malaysischen Außenministeriums erklärte, die Drohung Indonesiens, sich aus Protest gegen die Wahl Malaysias in den Sicherheitsrat aus der Uno zurückzuziehen sei eine weiteres Beispiel dafür, wie sehr dieses Land die Weltöffentlichkeit verachte. Es sei klar, daß die Aufnahme Malaysias in den Sicherheitsrat die Anerkennung dieses Landes als freie und souveräne Nation bestätige und daß dies für Indonesien und seine Propaganda, die Malaysia als neokolonialistisches Machwerk hinstelle, eine schwere Niederlage bedeute.

Die britischen Streitkräfte im Fernen Osten

London, 3. Jan. (UPI) England hat seine militärischen Mittel im Fernen Osten auf die gleiche Stärke gebracht wie während des Koreakrieges. Wie von zutuniger Seite erklärt wird, stehen die neuesten Düsenbomber bereit für den Fall, daß der Konflikt zwischen Indonesien und Malaysia eine dramatische Wendung nimmt. Die britische Fernflotte ist heute dort sehr stark. Unter den Einheiten befindet sich der 30 500-Tonnen-Flugzeugträger «Victorious», der Kommando- und Zerstörer.

(AFP) General Sir James Cassels, der neue Stabschef der britischen Armee, hat London am Samstagmorgen verlassen, um sich nach Malaysia zu begeben. Es handelt sich um eine Inspektionsreise, die den Stabschef auch nach Pakistan, Aden und Zypern führen wird. Vor seinem Abflug erklärte General Cassels, er werde die militärische Lage in Malaysia sorgfältig prüfen.



Blutiger Sieg

Der bedeutendste Sieg des Jahres über die Vietcong-Rebellen gelang den südvietnamesischen Regierungstruppen zu Beginn der Woche bei Soc-Trang im Mekong-Delta. Zwei Bataillone eroberten im Gefecht mit tausend Rebellen deren Hauptquartier. General Dong Van Cong, Vietcong-Befehlshaber, entkam. Den Regierungstruppen fielen große Mengen Waffen und Dokumente in die Hände. Unser Bild zeigt einen uniformierten Vietcong, der sich im Busch zwei, die Waffe im Anschlag haltenden, regierungstreuen Soldaten ergab. Photopress

«Frankreich bleibt sein eigener Herr»

Das neue Jahr im Blickpunkt de Gaulles

Paris, 31. Dez. ag. (DPA/AFP) Staatspräsident de Gaulle bekräftigte in seiner Neujahrsansprache an das französische Volk, daß Frankreich «sein eigener Herr bleiben» wolle. Es weise daher jedes System zurück, das unter dem Deckmantel der «Supranationalität», der «Integrations» oder des «Atlantismus» das Land nur unter der Hegemonie halte, die man kenne. Das Jahr 1964 habe bewiesen und das neue Jahr werde es zeigen, daß Frankreich bei aller eigenen Linie auf dem Gebiet der Politik, der Wirtschaft, der Wahrung und der Verteidigung zu einer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit jedem seiner Verbündeten bereit sei. De Gaulle führte in seiner zehnteiligen Fernsehansprache einen Katalog der außenpolitischen Ziele Frankreichs für das nächste Jahr auf: Frankreich werde die Union Westeuropas vorantreiben, in der Entwicklungshilfe sehr aktiv bleiben, immer engere Kontakte zu Lateinamerika knüpfen, die Verbindung zu China neu aufnehmen und die Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten in dem Maße vervielfältigen, wie ihre innere Entwicklung sie auf den Frieden hin orientiere.

Vor Jahreschluß versammelten sich die im Elysée akkreditierten Journalisten, um Präsident de Gaulle ihre Glückwünsche zum neuen Jahr zu überbringen. Der Präsident nahm dabei zur Atlantischen Allianz, zu innen- und außenpolitischen Fragen Stellung und erklärte, daß er 1965 nicht als ein schreckliches Jahr sehe. Zur Nato erklärte de Gaulle:

«Man darf nicht den Pakt, das heißt die Allianz, mit deren Organisation verwechseln. Ich glaube, daß die gewöhnliche Form der Organisation der Nato nicht von Dauer ist. Man macht hier oft den Fehler, zu verwechseln, was über die Allianz und über die Nato gesagt wird. Eine Allianz existiert, und sie

muß andauern. Eine Organisation entwickelt sich nach den Umständen.» De Gaulle fuhr dann fort: «Die Vereinten Staaten und Frankreich existieren, bevor die Nato bestand. Es ging nicht einmal so schlecht, vielleicht sogar besser. Die Beziehungen waren vielleicht noch besser...»

Was Europa betrifft, führte de Gaulle aus: «Frankreich hat Vorschläge für ein politisches Europa gemacht. Sie müssen nur noch angenommen werden.» Er beantwortete dann eine Frage, ob die Verfassung eventuell abgeändert würde, und erklärte, er glaube nicht, daß sich 1965 viel ändern. Der Präsident führte aus, er sei mit der Arbeit des Parlaments zufrieden, die heute darin bestünde, Gesetze zu schaffen, und nicht, Regierungen zu stürzen. - Auf den Vorschlag eines italienischen Journalisten, den neuen italienischen Präsidenten Saragat zu einem Wochenende nach Rambouillet einzuladen, erklärte de Gaulle, dies sei eine gute Idee. Er kenne Saragat seit langem. - Ein brasilianischer Journalist befragte de Gaulle über die Zusammenarbeit Frankreichs mit Südamerika, worauf der Präsident zur Antwort gab, sie werde immer enger. Es bleibe jedoch zu wünschen, daß sich die lateinamerikanischen Staaten zusammenschließen, damit Frankreichs Zusammenarbeit mit Südamerika als Ganzes vorantreiben gehen könne.

Die Kremelführer an das Sowjetvolk

(UPI) In Moskau richteten Partei und Regierung eine Neujahrsbotschaft an das Volk, in dem die Entschlossenheit betont wird, die Politik der «Festigung der Freundschaft mit den sozialistischen Ländern» und den «Kampf für den Frieden» fortzusetzen. In einem Interview mit dem japanischen Chef-

redaktor der Zeitung «Asahi», I. Suzukawa, versicherte Ministerpräsident Kossygin, die Sowjetunion werde die Politik der friedlichen Koexistenz weiterführen. Zur Silvesterfeier im Kremel waren diesmal keine ausländischen Gäste geladen.

Präsident Johnson

grüßte am Silvestertag in einer Botschaft den 26. Zionisten Weltkongress in Jerusalem und arbeitete am Neujahrsfest an seiner «State of the Union Message», die er am 4. Januar an den Kongress und das amerikanische Volk richten wird.

Erste Worte Lübkes

Bonn, 31. Dez. ag. (DPA) Der deutsche Bundespräsident Heinrich Lübke äußerte sich am Donnerstag in einer Neujahrsansprache über alle westdeutschen Radio- und Fernsehsender besorgt über die bevorstehende Entwicklung, «die unsere parlamentarische Demokratie in den letzten Jahren genommen hat.» «Wir sehen, wie der weitgehende Mißbrauch überdehnt wird und unsere Demokratie dadurch an ihrem Ansehen und an ihrer Autorität Schaden nimmt.» Die parlamentarische Demokratie in der Bundesrepublik werde kraftlos und erfolglos, wenn die Bürger ihr die Mitarbeit versagen. Wer seine Pflichten im Staat nicht erfülle, das sei seine Sorgen aber auf den Staat werfe, verläge damit gleichzeitig, daß der Staat immer mehr Rechte und Befugnisse erhalte. «Dann kommt aber auch der Zeitpunkt, an dem aus der Demokratie ein Einpartei- und Obrigkeitsstaat wird.» Trotz des hohen Lebensstandards verbreite sich daher in den verschiedenen Schichten des deutschen Volkes Unzufriedenheit, die durch radikale Kreise von rechts und von links geschürt werde. Lübke hob ferner hervor,

daß das Selbstbestimmungsrecht für das deutsche Volk eine Forderung sei, auf welche die Deutsche Bundesrepublik nicht verzichten werde.

Franco will Spanien aus der Isolation führen

Madrid, 30. Dez. (UPI) Der spanische Staatschef Franco hat in einer Neujahrsbotschaft an das spanische Volk erklärt, seine Regierung werde in der Außenpolitik eine engere Zusammenarbeit mit andern Völkern anstreben. «Der Isolationismus wie in der Vergangenheit ist heute nicht mehr möglich.» Für die Spanier, die als Gastarbeiter ins Ausland gehen, bekundete Franco Verständnis. «Aber es gibt keinen Grund für Spanierinnen vor den Gefahren der fremden Länder zu bewahren. Auf die Frage seiner Nachfolge und der Trennung der Ämter des Staatsoberhauptes und des Regierungschefs ging er nicht ein, jedoch plädierte Franco für religiöse Freiheit, wie sie Nichtkatholiken künftig gesetzlich verbietet werden soll.

Der Papst eröffnet die 400-Jahr-Fier in Rio

Vatikanstadt, 2. Jan. ag. (R) Zur Eröffnung der 400-Jahr-Fier in Rio de Janeiro übermittelte der Papst in einer in portugiesischer Sprache gehaltenen Radiobotschaft seine Glückwünsche nach Brasilien. In der Folge drückte Papst Paul in der Vatikanstadt auf einen Knopf, und durch Fernsteuerung erstrahlte die Christusstatue auf dem Zuckerhut in Rio im hellsten Lichte. Durch die Beheiligung des Knopfes, der sich auf dem Pult des Papstes befand, war über Radiowellen die neue Beleuchtungsanlage für die Christusstatue in Gang gesetzt worden. - Paul VI. spendete am Neujahrsfest vom Fenster